

Landtag im Fokus

Informationen aus Düsseldorf
für unseren Kreis Kleve



Margret Voßeler Mdl

www.margret-vosseler.de
www.facebook.com/margret.vosseler



Dr. Günther Bergmann Mdl

www.guentherbergmann.de
www.facebook.com/drguentherbergmann

- **Fracking: CDU weiterhin klar gegen Chemie-Fracking**
- **LEP: Landesentwicklungsplan in der Kritik**
- **Breitband-Technik: CDU fordert mehr Tempo beim Ausbau des schnellen Internets**
- **Kommunal-Soli: Kommunen bereiten Klage vor**
- **KiBiz-Revision: Rot-Grün peitscht Gesetz durch**
- **Ü3-Betreuung: Rot-Grün muss Versorgungsengpässe beseitigen**
- **Inklusion: Das Wohl der Kinder ist gefährdet**
- **Verbraucherbildung in Schulen: Breite Mehrheit für neues Gesamtkonzept**
- **Roaming-Gebühren: Landtag gibt klares Signal für Entlastung der Bürger**
- **Jagd: CDU legt eigene Vorschläge zur "Kleinen Jagdrechtsnovelle" vor**
- **Demografie: Neue CDU-Arbeitskreise eingesetzt**
- **Unterrichtsausfall: CDU-Aktion gestartet**

Fracking: CDU weiterhin klar gegen Chemie-Fracking

Die CDU spricht sich weiterhin klar gegen Chemie-Fracking aus – wir auch. Die aktuelle Diskussion um eine Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen ändert nichts daran, dass die Fracking-Technologie durch den Einsatz von Chemikalien zu nicht abschätzbaren Risiken für die Sicherheit der Menschen und Schutz der Umwelt führt. So gewinnen die hiesigen Kommunen ihr Trinkwasser direkt oder indirekt aus dem Rhein.

Beim Fracking werden Wasser und Chemikalien wie Benzol in den Boden gepresst, um dessen Durchlässigkeit für die Erdgasförderung zu erhöhen. Betroffen sind weite Teile des Kreises Kleve beidseits des Rheins, die im Aufsuchungsbereich Saxon West 1 liegen und für die die Dart Energy (Europe) Ltd. das Recht zur Suche nach

unkonventionellen Gasvorräten übernommen hat.

Die CDU-Landtagsfraktion hat zum Fracking eine eindeutige Position, die sie u. a. in einem Antrag vom 11. September 2012 dargelegt hat (Drucksache 16/866). Auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition, in dem die Initiative der NRW-CDU ihren Niederschlag gefunden hat, ist hierzu eindeutig. Der CDU-Kreisverband hat sich in seinem Wahlprogramm ebenfalls klar positioniert und lehnt Chemie-Fracking ab.

LEP: Landesentwicklungsplan in der Kritik

Am 25.6.2013 hat die Landesregierung den Entwurf für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) beschlossen. Nach 18 Jahren soll er die Ziele und Grundsätze der Landesplanung, die bisher in unterschiedlichen Regelwerken enthalten sind, zusammenführen. Am 28. Februar en-

dete das Konsultationsverfahren. Der Landesregierung liegen nach eigener Auskunft mehr als 1.500 Stellungnahmen mit einem Umfang von mehr als 10.000 Seiten vor. Veröffentlicht hat die Landesregierung davon bis Ende März gerade einmal 1.500 Seiten.

Der LEP-Entwurf stößt parteiübergreifend auf massiven Widerstand bei Kommunen und Wirtschaftsverbänden. So versäumt der Entwurf z.B. die Einordnung des Airport Weeze als dem drittgrößten Flughafen des Landes als ein „landesbedeutendes“ Vorhaben. Kritisiert werden ferner insbesondere der Berechnungsmodus und die geplante Reduzierung des Flächenverbrauchs auf Null, die raumordnerische Verbindlichkeit von Regelungen des zukünftigen Klimaschutzplans sowie zum Ausbau der Windenergie. Damit wird die kommunale Planungshoheit unangemessen eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Landtagsfraktion, in einem ersten Schritt schnellstmöglich alle vorliegenden Stellungnahmen zu veröffentlichen, anstatt diese scheinbar vorzulegen. Das Parlament muss sich einen Überblick über die verschiedenen Bewertungen verschaffen können. Dies ist nur möglich, wenn die Landesregierung nichts unter den Teppich kehrt und Transparenz im Verfahren schafft.

Am 7. April lädt die CDU-Landtagsfraktion interessierte Gemeindevertreter um 10 Uhr zu einem Werkstattgespräch in den Landtag ein. Kontakt: torsten.birreck@landtag.nrw.de, Tel. 0211/884 2357.

Breitband-Technik: CDU fordert mehr Tempo beim Ausbau des schnellen Internets

Der flächendeckende Breitbandausbau ist eine Schlüsselaufgabe für das Industrie-, Mittelstands- und Kreativland NRW. Nach Berechnungen des ifo-Instituts erhöht eine Steigerung der Breitbandnutzerrate um 10 Prozentpunkte das jährliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum bereits um 0,9 bis 1,5 Prozentpunkte. Trotzdem bleibt die Landesregierung untätig. Während Bayern bis 2017 rd. 2 Mrd. € in den Breitbandausbau stecken will, investiert NRW gerade einmal 9 Mio. €.

Das ist eindeutig zu wenig, um wenigstens mittelfristig eine flächendeckende Breitbandversorgung zu gewährleisten. Allein die Zahlen aus dem Kreis Kleve machen deutlich, welcher Nachholbedarf besteht: Die Hälfte der Gemeinden ist vom schnellen Internet von mindestens 50 Mbit/s praktisch vollständig ausgeschlossen. Auch in den übrigen Kommunen sind

bis zu 70% von breitbandigem Internet abgeschnitten.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb von der Landesregierung, mind. 10% der Mittel aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) in den flächendeckenden Breitbandausbau zu investieren. Bis 2020 stehen NRW dort inklusive Co-Finanzierungsmitteln 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Kommunal-Soli: Kommunen bereiten Klage vor

Nachdem die Bezirksregierungen die Bescheide für den Kommunal-Soli 2014 verschickt haben, ist es amtlich: Straelen muss rd. 4 Mio. €, Wachten donk rd. 15.000 € zahlen. Wie auch die beiden Kreis Klever Kommunen, haben insgesamt 53 der 59 Zahler-Kommunen angekündigt, gegen den vom Land eingeführten Kommunal-Soli zu klagen. Dabei werden sie von einer eigens dafür gebildeten Arbeitsgemeinschaft von der Finanzwissenschaftlerin Prof. Dr. Gisela Färber beraten. Der von der rot-grünen Landesregierung eingeführte "Stärkungspakt Stadtfinanzen" sieht jährliche Hilfen in dreistelliger Millionenhöhe für klamme Kommunen vor. Die Städte bezweifeln die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes, weil sie vor allem das Land bei der Finanzausstattung der Kommunen in der Pflicht sehen. Außerdem stellt sich die Frage, ob das Volumen der Hilfe überhaupt geeignet ist, die Situation der verschuldeten Städte nachhaltig zu verbessern.

KiBiz-Revision: Rot-Grün peitscht Gesetz durch

Der seit drei Jahren angekündigte und Ende März in den Landtag eingebrachte Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) bleibt weit hinter den Forderungen von Einrichtungsträgern, Erzieherinnen und Eltern zurück. Um den von Rot-Grün lange verschleppten Prozess voranzubringen, hat die CDU-Landtagsfraktion in einem Antrag (Drs. 16/4577) Eckpunkte für die KiBiz-Weiterentwicklung formuliert. Unter anderem fordert sie bedarfsgerechte und flexible Lösungen für erweiterte Öffnungszeiten, ohne dass es zu längeren Anwesenheitszeiten der Kinder in den Kitas kommen muss. Rot-Grün muss zudem endlich Fort- und Weiterbildungsvereinbarungen sowie ein fortwährendes Qualitätsmonitoring für die Kitas entwickeln. Zudem muss eine nachhaltige Finanzierung von Hauswirtschaftskräften außerhalb der Kindpauschalen gesichert werden, damit die Erzieherinnen bei der Zubereitung von Mittagessen entlastet werden. Für die Umsetzung dieser und weiterer Eckpunkte plant die CDU mindestens 100 Mio. €, die haushaltsneutral erbracht werden, den Landeshaushalt also nicht zusätzlich belasten.

Der Entwurf soll nun auch noch durch das Parlament durchgepeitscht werden, ohne dass die Beteiligten vernünftig und in der gebotenen Sorgfalt daran mitwirken können. Es bleiben nur noch wenige Beratungswochen, damit das Gesetz zum 1. August 2014 in Kraft treten kann. Das ist Brechstangenpolitik.

Ü3-Betreuung: Rot-Grün muss Versorgungsgengpässe beseitigen

Rot-Grün muss deutlich mehr tun, um die Versorgungsgengpässe in der Betreuung für Überdreijährige zu beseitigen. Das ist das Ergebnis der Anhörung im Familienausschuss Mitte Februar zu einem Antrag der CDU-Landtagsfraktion (Drucksache 16/4431). Die Gruppen werden nicht nur vollgestopft und vergrößert. Oftmals gibt es für Überdreijährige überhaupt keinen Platz mehr. Hier muss dringend etwas passieren. Starre Belegungszwänge müssen gelockert und praktikable wie flexible Lösungen für dieses Problem gefunden werden. Doch SPD und Grüne ergreifen bislang keine Initiative. Offenbar ist der Kindergarten eintritt mit drei Jahren politisch nicht mehr gewollt, weil er nicht dem rot-grünen Bild von Kindererziehung entspricht.

Die Versorgungsgengpässe führen oftmals zu einer verdeckten Krippenpflicht. Viele Eltern bekommen inzwischen den Rat, ihr Kind bereits so früh wie möglich in den Kitas anzumelden, anstatt sie zu Hause zu erziehen oder sie in die Tagespflege zu geben. Ansonsten – so wird ihnen mitgeteilt – hätte man später keinen Platz für ihr Kind, sobald es drei Jahre ist. Das ist eine unzulässige Einschränkung der Elternwahlfreiheit. Außerdem erhalten schon jetzt Zweijährige nicht selten einen befristeten Betreuungsvertrag und müssen sich nach einem Jahr wieder eine neue Einrichtung suchen.

Inklusion: Das Wohl der Kinder ist gefährdet

Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern soll aufwachsend ab dem nächsten Schuljahr starten. Im Herbst 2013 wurde das 9. Schulrechtsänderungsgesetz mit den Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet. Die CDU-Landtagsfraktion steht zur Umsetzung der UN-Vorgaben hinsichtlich der Inklusion, allerdings muss Inklusion qualitativ und zum Wohl der Betroffenen erfolgen. Bei der Umsetzung der Pläne von Rot-Grün ist das Wohl der betroffenen Kinder gefährdet. Inklusion braucht Qualität und damit eine Erstattung der inklusionsbedingt entstehenden Kosten durch das Land. In der Landesverfassung ist die Pflicht zur Kostenerstattung verankert. Die Landesregierung verweigert die nötige Anerkennung der Konnexität und praktiziert ein Verfahren außerhalb des Konnexitätsausführungsgesetz (KonnexAG), welches mehr an ein Verhandlungsverfahren auf einem orientalischen Basar erinnert.

Die bis heute vorliegenden Angebote an die Kommunalen Spitzenverbände reichen nicht aus, um die Inklusion im Land erfolgreich umzusetzen. Bislang erkennt die Landesregierung nur die Konnexität von Investitionskosten (sog. Korb I, 25 Mio. € für 5 Jahre) an. Weiterhin hoch umstritten sind die Übernahme der Folgekosten (sog. Korb II) und der Mehrkosten bei den Inklusionshelfern sowie der Zeitpunkt der ersten Kostenerstattung. SPD und Grüne versuchen den Kommunen dieses Recht mit einer Pauschale von 10 Mio. € als freiwillige Leistung des Landes abzukaufen. Von da-

her ist die Empfehlung der Kommunalen Spitzenverbände zu einer Klärung vor den Gerichten folgerichtig.

Verbraucherbildung in Schulen: Breite Mehrheit für neues Gesamtkonzept

Verbraucherbildung wird verbindlicher Unterrichtsgegenstand an allen nordrhein-westfälischen Schulen. Das hat der Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen beschlossen. Dazu soll ein pädagogisches Gesamtkonzept entwickelt werden, das die Themen „Alltagskompetenz, Verbraucherbildung und ökonomische Bildung“ für alle Jahrgangsstufen und Schulformen modulartig in dafür geeignete Schulfächer integriert. Auch die Angebote im Ganzttag sollen entsprechend ausgebaut und außerschulische Partner wie die Landfrauen mit einbezogen werden.

Die Vermittlung von Alltagskompetenzen geht über die Haushaltsführung weit hinaus. Sie umfasst die Bereiche Ernährung und Gesundheit ebenso wie die Grundbildung in Sachen Ökonomie, Finanzen und Nachhaltiger Konsum. Ziel ist es, dass niemand von der Schule entlassen werden darf, dem nicht Basiswissen für den Konsumalltag vermittelt wurde. Alltagskompetenzen gehören genauso zur Allgemeinbildung wie Lesen, Rechnen und Schreiben.

Roaming-Gebühren: Landtag gibt klares Signal für Entlastung der Bürger

Auf Initiative der CDU hat der Europaausschuss des Landtags mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP für einen Antrag zur schrittweisen Abschaffung der Roaming-Gebühren

gestimmt. Überhöhte Telefon- und Datenroaming-Gebühren sind nicht nur für Privatleute, sondern auch für Firmen in den Grenzregionen wie im Kreis Kleve ein großer Nachteil. Sie müssen häufig den höheren Auslandstarif zahlen, obwohl sie sich nach wie vor im Inland aufhalten. Durch Übergangszonen, so genannte „Gemeinsame Telekommunikationszonen“ soll sichergestellt werden, dass die Verbraucher in ihren normalen, preisgünstigeren Netzen telefonieren und nicht unbeabsichtigt in ausländischen Netzen landen. Die CDU-Fraktion will die Menschen in unserem Land davon entlasten. Der Europaausschuss hat hier ein klares Signal für einen verbesserten Verbraucherschutz gegeben.

Jagd: CDU legt eigene Vorschläge zur "Kleinen Jagdrechtsnovelle" vor

Die „kleine Jagdrechtsnovelle“ regelt unter anderem die Verwendung der Jagdabgabe, die jeder Jäger entrichten muss. Dieses wurde nötig, da die bestehende Regelung nach richterlicher Prüfung verfassungswidrig ist. Durch den Gesetzesentwurf des Ministeriums entsteht jedoch der Eindruck, dass sich Umweltminister Remmel den vollständigen Zugriff auf das Geld der Jäger für sein Ministerium sichern will. Bei der Jagdabgabe sprechen wir immerhin von einem Finanztopf von 3,6 Mio. Euro. Dem widerspricht die CDU-Landtagsfraktion entschieden. Wir fordern, dass die Verfügung über die Jagdabgabe stärker in die Hand der Jägerinnen und Jäger gelegt wird.

Auch die Experten aus Wissenschaft und Praxis hatten in einer Anhörung im Umweltausschuss

des Landtags darauf hingewiesen, dass Abgaben ausschließlich gruppennützig verwendet werden dürfen. Dies sei mit dem rot-grünen Gesetzesentwurf nicht gewährleistet. Laut Experten sei damit zu rechnen, dass die "neue Jagdabgabe" von den Gerichten erneut als unzulässig eingestuft werde.

Demografie: Neue CDU-Arbeitskreise eingesetzt

Die CDU-Landtagsfraktion hat einen Arbeitskreis „Ländliche Räume“ eingesetzt. Margret Voßeler und weitere 16 Abgeordnete werden für die Fraktion ein Papier erarbeiten, das moderne Lösungsansätze für die großen Herausforderungen der Zukunft aufzeigen soll. Dazu gehören z.B. die Sicherstellung einer wohnortnahen Beschulung, Möglichkeiten des bedarfsgerechten Infrastrukturausbaus oder die Stärkung des ländlichen Raums als Wirtschaftsstandort. Gesucht werden vor allem Ansätze, die auf die besonderen Stärken der ländlichen Regionen aufbauen. Parallel dazu hat sich eine Arbeitsgruppe „Große Städte“ konstituiert. Ziel beider Arbeitskreise ist es, abgestimmte Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ländliche Regionen und Ballungszentren gehören untrennbar zur Identität unseres Landes. Die Ergebnisse der Arbeitskreise sollen noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

Unterrichtsausfall: CDU-Aktion gestartet

Unterrichtsausfall wird seit 2010 nicht mehr im Land erfasst. Auch im Kreis Kleve mehrten sich die Klagen von Eltern und Schülern über Unterrichts-

ausfälle. Die CDU-Landtagsfraktion sammelt ab sofort Angaben über ausgefallene Schulstunden, um das Problem politisch wirksam anzugehen. Dazu müssen wir aber zunächst wissen, wo und wie viele Stunden tatsächlich nicht gegeben werden. Hinweise sammelt die CDU-Landtagsfraktion unter: ihr-hinweis@cdu-nrw-fraktion.de